

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**ÖAR 1010 Wien, Stubenring2,
27.06.2011 13:00 bis 16:00 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg
Christina Wurzinger

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:
entschuldigt

VertreterIn aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
entschuldigt

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:
Manfred Nowak (zeitweise anwesend)
Ursula Naue

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin Ladstätter
Heinz Trompisch
Markus Wolf

BMASK:

Waltraud Palank-Ennsmann
Wolfgang Iser

BSB:

Silvia Kutrowatz (zeitweise anwesend)

Gast: Anthony Williams

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters Entwürfe zu den Stellungnahmen „Arbeit und Beschäftigung“ und „Persönliche Assistenz“ samt einer Zusammenfassung der Rückmeldungen sowie der Entwurf der Stellungnahme zum Fakultativprotokoll Folterkonvention (OPCAT-Durchführungsgesetz).

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Anthony Williams und bedankt sich im Namen aller Mitglieder für die geleistete Aufbauarbeit im Monitoringausschuss.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokoll vom 17. Mai 2011

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen.

3. Stellungnahmen

a. Arbeit und Beschäftigung

Abschließende Ergänzungen der Stellungnahme werden eingearbeitet. Die Stellungnahme wird beschlossen und soll nach Endredaktion wie folgt übermittelt werden: an alle Ressorts, Nationalrat, Länder (Gesetzgebung und Verwaltung) und Parlamentsklubs.

b. Persönliche Assistenz

Die Stellungnahme zur Persönlichen Assistenz wird diskutiert und mit den vorgeschlagenen Änderungen beschlossen. Nach Endredaktion mit Unterstützung von Frau Wurzinger ist sie wie folgt zu übermitteln: BMASK mit dem Ersuchen um Weiterleitung an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Persönliche Assistenz“, BMUKK, BMWF, BMF, Bundessozialamt, Länder (Ämter der Landesregierungen und Landtage), Nationalrat und Klubs.

Erfreulich sind die zahlreichen Rückmeldungen zur Diskussionsgrundlage im Anschluss an die öffentliche Sitzung des Ausschusses. Eine Zusammenfassung der Inhalte wird in anonymisierter Form auf der Webseite des Monitoringausschusses veröffentlicht. Das Büro weist auf die nunmehr übersichtlicher gestaltete Struktur der Webseite hin.

4. Gespräch und Veranstaltung BMUKK

Die Vorsitzende berichtet von einem Gespräch mit Sektionsleiter Nekula vom BMUKK am 17.6.2011. Darüber hinaus wird von der Vorsitzenden und den Mitgliedern des Ausschusses Resümee über den vom BM für Unterricht, Kunst und Kultur veranstalteten „Runden Tisch“ am 22.6.2011 gezogen. Zur Verbesserung der Bildungssituation könnten auch die Sozialpartner beitragen.

5. Training BMJ

Die Vorsitzende berichtet von einer Fortbildungsveranstaltung der Familienrichter/innen. Es wurden Überlegungen zur Reform des Sachwalterrechtes diskutiert, wonach die Entwicklung in Richtung unterstützende Modelle gehen soll. Bei der Veranstaltung wurde ein unterstützendes Kommunikationsmodell vorgestellt.

6. Öffentliche Sitzung Herbst

Die Vorsitzende berichtet über die mit dem BMJ im Vorfeld der öffentlichen Sitzung geführten Gespräche. Vorgeschlagen wird eine ganztägige Veranstaltung. Eine öffentliche Sitzung wie bisher am Vormittag, der eine Diskussionsgrundlage zu Grunde liegt; der Nachmittag soll beispielhaften Modellen der Unterstützung vorbehalten sein. Möglicher Gastvortrag: Unterstützungsmodell der Canadian Association for Community Living. Dem BMJ ist es ein Anliegen, die Veranstaltung bei ihnen im Hause durchzuführen. Vom 9. – 12. Oktober findet ein Treffen der Selbstvertreter/innen in Matriei statt, bei dem auch ein Schwerpunkt auf die Vorbereitung der öffentlichen Sitzung des MA gelegt wird.

Vorgeschlagener Termin der öffentlichen Sitzung: 16.Nov.2011, 10-16 Uhr im Festsaal des BMJ, der 160 Personen fasst (falls barrierefrei).

In der September-Sitzung des Ausschusses soll die Diskussionsgrundlage akkordiert werden. Weiters soll die Studie des Hochkommissariats zur Partizipation behandelt werden.

7. Stellungnahme zum Fakultativprotokoll Folterkonvention (OPCAT-Durchführungsgesetz).

Die Vorsitzende erläutert den Entwurf zur Stellungnahme, die ausführlich diskutiert wird. Seitens der Vertretung der Menschen mit Behinderungen wird hervorgehoben, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen in dem vorgeschlagenen Modell nicht vertreten sind und keine Partizipation erfolgt ist; weiters die geplante Organisation den Pariser Prinzipien nicht gerecht wird. Betont wird, dass eine österreichische Nationale Menschenrechtsinstitution, in der auch die Menschenrechte von Personen mit Behinderungen abgedeckt sind, die den Pariser Prinzipien entspricht, für notwendig erachtet wird. Herr Nowak weist auf die pluralistische Zusammensetzung des neuen Gremiums hin. Er plädiert dafür, in der Stellungnahme den Bestellmodus, die Qualifikationsvoraussetzung und die Erfordernis der Unabhängigkeit einer Menschenrechtsinstitution in den Vordergrund zu stellen.

Die Stellungnahme wird mit geringfügigen Änderungen in der vorliegenden Form beschlossen.

8. Termine nächste Sitzungen

Di. 20.09.2011, 9:00 bis 13:00, Saal IV im BMASK

Di. 04.10.2011, 09:00 bis 13:00 Uhr, Saal III im BMASK

Do. 17.11.2011, (voraussichtlich) öffentliche Sitzung zum Thema Sachwalterschaft in Wien

9. Allfälliges

Zum Thema Vergaberecht findet zunächst eine interne Besprechung statt, an der teilnehmen: Frau Schulze, Frau Kutrowatz, Herr Ladstätter, Frau Wurzinger und Herr Iser.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)